

Das muntere Wiehern des EU-Bürokraten-Hengstes

BZ-GASTBEITRAG: Für Lüder Gerken sind 27 Kommissionsmitglieder zu viel, denn sie produzieren viele überflüssige Richtlinien

Die EU-Kommission ist die Regierung der Europäischen Union. Sie besteht aus dem Kommissionspräsidenten (dem „Regierungschef“) und 26 Kommissaren (den „Ministern“) sowie 26 000 Beamten.

Die Zahl von 26 und 1 Politiker ist kein Zufall. Die EU hat 27 Mitgliedstaaten, und jedes Land will einen in die Kommission entsenden. Nun muss jeder Politiker natürlich für irgend etwas zuständig sein. Denn sonst wäre er ja überflüssig.

Rumänien hat, als es 2007 der EU beitrug, Leonard Orban nach Brüssel entsandt. Da alle Positionen besetzt waren, wurde für Orban kurzerhand ein neues Amt geschaffen. Er wurde Kommissar für Mehrsprachigkeit. Wie er auf seiner Homepage erklärt, entwickeln seine Beamten derzeit, in Zusammenarbeit mit „einschlägigen Interessengruppen“, „eine neue Strategie für die Mehrsprachigkeit“. Worin die bestehen soll, wird nicht gesagt. Sicher ist nur: Sie wird Geld kosten.

Motiv für sein Handeln: „Die Europäische Kommission muss ihren Bürgerinnen und Bürgern Ergebnisse liefern.“ Schon Kaiser Wilhelm sprach von „seinem“ Volk. Schön, dass jetzt auch die Kommission „ihre“ Bürger hat.

Vladimir Spidla aus Tschechien ist Kommissar für Beschäftigung und Soziales. Die EU hat auf diesem Gebiet zwar

keine substantiellen Kompetenzen. Aber auch Spidla ist sehr aktiv und tut trotzdem ganz, ganz viel. So verfassten seine Beamten ein Dokument mit dem Titel: „Die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit verstärken“. Gemeint ist Schwarzarbeit.

Man wird schnell dankbar, dass sich die Brüsseler Bürokratie dieses Themas angenommen hat. Denn in diesem Dokument finden sich spektakuläre Einsichten: Man erfährt, dass die Schwarzarbeit mit unzureichendem Sozialschutz verbunden sei. Auch gehe sie mit geringen Karriereaussichten einher. Wer hätte das gedacht?

Angesichts solcher Befunde sah die Kommission Anlass zur Sorge und gab – auf Kosten der Steuerzahler – eine Untersuchung in Auftrag. Verblüffendes Ergebnis: „Es besteht ein umfassender Markt“ für Schwarzarbeit, und zwar in der gesamten EU. Wer konnte das ahnen? Und: Das wichtigste Motiv für Schwarzarbeit sei das Vermeiden von Steuern. Ach wirklich? Und: „Der Barientlohnung kommt große Bedeutung zu.“ Ah ja? Erstaunlich! Als Lösungen propa-

giert die Kommission: Abbau der finanziellen Anreize für Schwarzarbeit und Verstärkung der Überwachungs- und Sanktionsmechanismen. Auch das sind epochale Einsichten. Dass kein Missverständnis aufkommt: Schwarzarbeit muss bekämpft werden. Aber welchen Mehrwert liefert ein solches Dokument mit solchen Binsenweisheiten?

Kompetenz der EU bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit? Fehlanzeige. Kompetenz der EU bei Überwachung und Sanktionen? Fehlanzeige. Aber dennoch wird neue Bürokratie geschaffen, mit der sich Behörden und Wirtschaft in den Mitgliedstaaten befassen müssen. Und das Beispiel zur Schwarzarbeit ist noch relativ harmlos, weil es keine verpflichtende Regulierung enthält.

Eine der Hauptursachen für die überhandnehmende Bürokratie aus Brüssel besteht darin, dass die Kommissare als Politiker Erfolge vorweisen wollen und daher nach jedem Strohalm greifen, der sich ihnen bietet, um irgendeine politische Maßnahme auf den Weg zu bringen. Dringend erforderlich wäre es daher, dass es weniger Politi-

ker (und Beamte) in Brüssel gibt. In der EU hat man das Problem durchaus erkannt: Der Vertrag von Lissabon, mit dem die EU reformiert werden sollte, sah vor, dass die Zahl der Kommissare von 27 auf 18 verringert wird. Da aber der Lissabon-Vertrag in Irland abgelehnt wurde, gilt der alte Vertrag weiter. Danach muss die Zahl der Kommissare zwar auch verringert werden. Es wird nur nicht gesagt, um wie viel.

Keiner will auf Kommissare verzichten

Das Hickhack hat begonnen, denn kein Mitgliedstaat will auf seinen Kommissar verzichten. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass man wieder einmal einen Formelkompromiss schließt. Es gibt nämlich noch den für Außenpolitik zuständigen Hohen Vertreter, der nicht Mitglied der Kommission ist. Es drängt sich daher förmlich auf: Man reduziert die Zahl der Kommissare einfach um einen auf 26. Und der Mitgliedstaat, der den Hohen Vertreter stellt, verzichtet auf einen Posten in der Kommission. Alle freuen sich, und der Brüsseler Bürokraten-Hengst wiehert so munter weiter wie bisher.

– Der Autor ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.

